

Neue Gründerzeiten? Die beginnende Konstituierung neuer Selbständiger in Ostdeutschland ; erste sozialökonomische Analyseergebnisse zu einer offenen soziologischen Frage

Liebernickel, Wolfgang; Schwarz, Anna

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Liebernickel, W., & Schwarz, A. (1992). Neue Gründerzeiten? Die beginnende Konstituierung neuer Selbständiger in Ostdeutschland ; erste sozialökonomische Analyseergebnisse zu einer offenen soziologischen Frage. In M. Thomas (Hrsg.), *Abbruch und Aufbruch : Sozialwissenschaften im Transformationsprozess ; Erfahrungen – Ansätze - Analysen* (S. 275-291). Berlin: Akademie-Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-33497>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Neue Gründerzeiten?

Die beginnende Konstituierung neuer Selbständiger in Ostdeutschland

Erste sozialökonomische Analyseergebnisse zu einer offenen soziologischen Frage

Der gegenwärtige Transformationsprozeß Ostdeutschlands ist eine historische Ausnahmesituation, die keines der gängigen großen gesellschaftstheoretischen Modelle so recht befriedigend zu erklären vermag. Es fand bestenfalls eine halbe Revolution statt, denn: Die „revolutionären Subjekte“ vom Herbst 1989 lösten zwar die Implosion, den kartenhausartigen Zusammensturz des alten, maroden Systems aus, aber die prägenden Gestalter des Neuen sind sie nicht. Im Zusammenhang damit weist Jürgen Habermas auf einen weiteren „revolutions-untypischen“ Zug dieses Bruchs hin, nämlich auf „den fast vollständigen Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen“ (Habermas 1990: 181). Eben die Orientierung nicht auf eine gesellschaftliche Vision oder Utopie, sondern lediglich auf ein Einholen oder Nachholen heute üblicher (oder üblich geglaubter) Modernitätsstandards in Wirtschaft, Demokratie und individueller Freiheit schränkt auch ein anderes Erklärungsmuster ein: Es handelt sich eben auch nicht schlechthin um eine „Kolonialisierung“ oder „Assimilierung“, die einem „unterlegenen Volk“ gegen dessen Willen aufgezwungen wird, denn dieses Volk wünschte ja nichts sehnlicher, als baldmöglichst assimiliert zu werden. Und wir erleben eben auch nicht (wie offenbar vielfach vermutet) ein Pendant zum Neuaufbau einer kriegszerstörten Wirtschaft mit äußeren Hilfestellungen, wobei aus der tabula rasa heraus sich im zeitlichen Gleichklang von oben und unten her ein organisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – begleitet von stetig wahrnehmbaren Fortschritten an Lebensqualität – herausbilden kann.

In unserem Falle müssen erst gesellschaftliche Kreisläufe und Netzwerke durchtrennt, zerschlagen werden, deren politischer Kopf zwar rasch abgeschnitten war, die aber die Alltagsroutinen und elementaren Lebenszusammenhänge der Menschen prägten und deren Verlust nicht spontan als Fortschritt empfunden wird, zumal das verheißene Neue auf sich warten läßt und im Dschungel der ungewohnten, unübersichtlichen Freiheit schwer auszumachen und zu ergreifen ist.

So findet sich auch der Sozialwissenschaftler in einer paradoxen Situation: Er ahnt oder vermutet relativ begründet, was da im großen und ganzen kommen wird und muß, aber er sieht die Bäume im Wald noch nicht. So gerade auch bei der Frage nach den neuen gesellschaftlichen Subjekten, Akteuren, die die Transformation in ostdeutschen Landen von der Basis her tragen und vollbringen werden, nach den Konturen der zu erwartenden sozialstrukturellen Gliederung, nach Gewinnern und

Verlierern des Transformationsprozesses, nach neuen sozialen Ungleichheitsstrukturen und Mobilitätsprozessen.

Nichts leichter als beispielsweise zu behaupten, ohne einen Gründerboom, ohne die massenhafte Konstituierung neuer Selbständiger, von Unternehmensgründern¹ kann von der Herausbildung moderner marktwirtschaftlicher Strukturen keine Rede sein. Aber diesen Prozeß der Konstituierung einer solchen neuen sozialen Gruppe in den ostdeutschen Bundesländern tatsächlich konkret nachzuweisen, seine ersten heißen Spuren zu verfolgen – dies stellt sich schon viel schwieriger dar.

Und zwar nicht allein, daß die statistischen Quellen hierfür ein Problembündel für sich ausmachen. Nein, auch der Realprozeß des Gründungsgeschehens neuer Klein- und Mittelbetriebe, der Formierung neuer Selbständiger als soziale Gruppe ist von vielen Hemmnissen und Konflikten begleitet und hat noch längst nicht jenes Ausmaß erreicht, das man ihm anfangs euphorisch prophezeite. Angenommen wurde noch im Sommer 1990, daß relativ rasch mindestens 500 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze in neuen Klein- und Mittelbetrieben geschaffen werden könnten. Die tatsächlich im gesamten Jahr 1990 neugegründeten ca. 280 000 Betriebe des gewerblichen Mittelstandes wirkten mit ihrem relativ begrenzten Arbeitskräftepotential aber eher wie ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts umschlingender Massenarbeitslosigkeit. Auch der eigentliche Schub der Privatisierungen ehemaliger Staatsbetriebe durch die Treuhandanstalt setzte erst Anfang 1991 ein (ca. 400 privatisierte Betriebe verzeichnete man zum Jahresende 1990, Ende März 1991 bereits insgesamt 1 200).

Im Rahmen der außerordentlich tiefen, strukturellen, alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche erfassenden Anpassungskrise in den neuen Bundesländern, die gegenwärtig eher von destruktiven denn von konstruktiven Prozessen geprägt ist, stellen aber gerade die Gründungen von Klein- und Mittelbetrieben wichtige

¹ Mit unserem Begriff der „neuen Selbständigen“ zielen wir nicht auf die in der soziologischen Literatur verbreitete Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ Selbständigen, „alten“ und „neuen“ Mittelschichten etc. ab. Mit „neu“ kennzeichnen wir lediglich den Prozeß der Herausbildung einer auf dem ostdeutschen Territorium neuartigen sozialen Gruppe bzw. Existenzform unter (gleichfalls neuartig) entstehenden marktwirtschaftlichen Bedingungen (also im Unterschied zu den „alten“ Selbständigen in der ehemaligen DDR). Ob diese Gruppe dann eher – und inwieweit – den im westeuropäischen Sprachgebrauch „alten“ oder „neuen“ Selbständigen zuzurechnen ist, dies ist schon eine weitere, hier und heute noch nicht zu klärende soziologische Frage. „Neue Selbständige“ und „neue Unternehmer“ verwenden wir (im Schumpeterschen Sinne) weitgehend synonym und binden sie an kleine und mittlere Betriebsgrößen (gemessen nicht nach dem Umsatz, sondern nach der Beschäftigtenzahl), um die Gruppe der Topmanager von Großunternehmen – für die zweifellos andere soziale Charakteristika prägend sind – nicht mit den uns interessierenden Selbständigen unzulässig zu vermischen. Desgleichen schließen wir die traditionellen freiberuflichen Existenzen (Ärzte, Rechtsanwälte etc.) aus unserem Untersuchungsfeld ebenso aus wie die Selbständigen in der Landwirtschaft. Der zumeist in der Literatur anzutreffenden Grenzziehung für den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe bei max. 500 Beschäftigten folgen auch wir, wenngleich der größte Zuwachs neuer Selbständiger in Ostdeutschland offenbar in Betriebsgrößenklassen von unter 50 Beschäftigten liegen wird.

Keime, Formen, Impulse des Neuen dar. Auch wir teilen insgesamt die Auffassung, daß die Neugründung von Klein- und Mittelbetrieben, die Konstituierung neuer Selbständiger als einer der ökonomischen und sozialen Schlüsselprozesse bei der Transformation Ostdeutschlands anzusehen ist, von dem – bei allen schwierigen Startbedingungen und Instabilitäten im einzelnen – wesentliche innovative Impulse, ein spürbarer Beitrag für den wirtschaftlichen Aufschwung, für die Beschäftigung und den notwendigen Strukturwandel sowie für die soziale Mobilität und den Mentalitäts- und Verhaltenswandel der Menschen in den östlichen Bundesländern zu erwarten ist.

Uns interessiert dabei – im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes² –, inwiefern dies mit der Konstituierung einer *relativ* eigenständigen („ostdeutschen“), stabilen und homogenen sozialen Gruppe einhergeht, mit welchen sozialen, insbesondere intragenerationellen Mobilitätsprozessen dies verbunden ist. Es dürfte eine höchst seltene Chance sein, die Geburt einer sozialen Gruppe von Anfang an begleitend erforschen zu können, zu verfolgen, ob und wie Menschen unterschiedlichster Herkunft und Erfahrungswelten in eine für sie völlig neue soziale Position hineinwachsen, ein mehr oder weniger spezifisches Gruppenverhalten entwickeln, kurzum ob bzw. inwieweit die erwartete Gruppenkonstituierung gelingt, welche Besonderheiten, Diskontinuitäten, Brüche, Abschottungen etc. dabei zutage treten.

Im Sinne der Vorstellung erster, vorläufiger, partieller Analyseergebnisse innerhalb dieses Problemfeldes wollen wir im folgenden skizzenhaft auf einige wesentliche sozialökonomische Ausgangsbedingungen und sich bereits abzeichnende Merkmale dieses Konstituierungsprozesses neuer Selbständiger in den ostdeutschen Bundesländern aufmerksam machen.

Die Ausgangsbedingungen in der Stunde Null

Zum Erbe der DDR-Geschichte gehört – trotz einiger anfänglicher, gerade im bündnispolitischen Bereich im Vergleich zu anderen „realsozialistischen“ Staaten etwas nuancierterer Politikansätze – die Bilanz einer nahezu vollständigen Liquidierung der Selbständigen als soziale Gruppe.

² Dieser Artikel entstand im Rahmen einer Projektgruppe am Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), die sich von einem komplexen, interdisziplinären methodologischen Zugriff her (der soziologische, volks- und betriebswirtschaftliche, politik- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen zusammenführt) der empirisch fundierten, sozialwissenschaftlichen Erforschung des Prozesses der Konstituierung neuer Selbständiger widmet, und zwar insbesondere im Raum (Ost)Berlin-Brandenburg. Langfristig geht es uns damit um Beiträge zur regionalsoziologischen Analyse des Raumes Berlin-Brandenburg, zur Gründungsforschung zu Klein- und Mittelbetrieben – insbesondere technologieorientierten –, zu konstitutionstheoretischen soziologischen Fragestellungen, zur Erforschung von innerbetrieblicher Kultur, Lebenswelt und Interessenhandeln, des Mentalitäts- und Verhaltenswandels von Ostdeutschen.

Nach Kriegsende, 1946, gab es auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone noch 2,3 Millionen Selbständige (Quote von 28,3 %), deren Zahl sich bis 1971 auf etwa 258 000 (Quote 3,1 % – ohne mithelfende Familienangehörige) reduzierte. Lag bereits diesem Rückgang eine systematische sozialpolitische Verdrängung dieser Gruppe (durch restriktive fiskalische, juristische und ökonomische Maßnahmen, durch politisch-ideologische Kampagnen etc.) zugrunde, so kulminierte dies im Jahre 1972 mit der Welle der massenweisen Verstaatlichung der noch existierenden Privatbetriebe, Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Produktionsgenossenschaften des Handwerks, wovon insgesamt mehr als 11 000 Betriebe betroffen waren (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1:

Veränderungen in der Eigentumsstruktur der Industriebetriebe der DDR (in %)

Betriebe nach Eigentumsform	1971	1972
– private	24,9	1,0
– mit staatlicher Beteiligung	47,5	0
– genossenschaftliche	8,2	2,0
– volkseigene	19,4	97,0

Quelle: Kaiser 1990: 272.

Während damit in Industrie und Landwirtschaft die Selbständigen fast völlig eliminiert waren, verblieben vor allem in traditionellen Bereichen des Handwerks, des Einzelhandels und der Gastronomie die wichtigsten Nischen für selbständige Existenzen. Diese Differenzierung innerhalb der einzelnen Tätigkeitsbereiche und deren Entwicklung bis zum Ende der DDR verdeutlicht Tabelle 2:

Tabelle 2:

Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) in der DDR nach Wirtschaftsbereichen (in 1 000)

Wirtschaftsbereich	1955	1960	1970	1975	1980	1985	1989
Insgesamt:	1 579	424	268	196	180	177	185
Industrie	16	13	9	0	0,2	0,3	0,4
Prod. Handwerk	245	177	122	93	85	81	83
Bauwirtschaft	44	27	19	15	15	16	19
Land- u. Forstw.	1 030	35	9	7	6	6	6
Verw./Post/Fernm.	20	17	11	9	8	8	8
Handel	148	100	59	43	38	38	40
Sonst. prod. Zwg.	–	4	3	2	2	1	1
Nichtprod. Ber.	76	51	35	27	25	26	28

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990: 31 und 39 f.; Statistisches Jahrbuch der DDR 1990: 128.

Die Expansion und Modernisierung des Tertiärsektors durch die Entstehung neuer Berufe, neuer Infrastrukturen, neuer personen- und unternehmensbezogener Dienstleistungen, die Neugründungen flexibler, bedürfnisorientierter Klein- und Mittelbetriebe gerade in derartigen Bereichen und im Kontext technologischer Modernisierungen, wie sie sich in den westeuropäischen Ländern seit dem Ende der 70er Jahre vollzogen und zur gesamtgesellschaftlichen Modernisierung beitrugen – dies alles ging fast spurlos an der DDR vorüber, die damit in einen immer größeren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsrückstand fiel, innovative Potentiale, soziale Mobilität und individuelle Kreativität immer weniger freizusetzen vermochte.

Diese strukturellen Defizite als Erbe der DDR-Geschichte, die für den gegenwärtigen Transformationsprozeß als Hemmnisse fortwirken und zugleich den gravierenden Nachholebedarf signalisieren, widerspiegeln sich auch in der regionalen Disproportionalität, die die folgende Tabelle 3 sichtbar macht:

Tabelle 3:

Selbständige (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) in den ostdeutschen Bundesländern 1946 und 1989, in 1 000 und in %

Land	Selbständige		Selbständigenquote	
	1946	1989	1946	1989
Mecklenburg/Vorpomm.	376,5	15,5	39,6	1,5
Brandenburg	426,2	28,0	34,8	2,1
Sachsen-Anhalt	498,8	28,0	26,5	1,8
Thüringen	410,8	29,7	29,8	2,2
Sachsen	592,3	69,0	21,9	2,7
Berlin (Ost)	–	14,4	–	2,1

Quelle: Deutsche Wirtschaftskommission 1949: XX; Statistisches Amt der DDR 1990: 1.

Das Land Mecklenburg / Vorpommern rutschte von seinem Spitzenplatz in puncto Selbständigenquote nach Kriegsende zum Schlußlicht im Jahre 1989 herab, was zweifellos mit dessen quasi monokultureller, stark agrarisch geprägter Wirtschaftsstruktur zusammenhängt, aber um so mehr auf die enormen Defizite in anderen, modernen Wirtschaftszweigen aufmerksam macht. Das Land Sachsen hingegen wurde zum absoluten und relativen Spitzenreiter in bezug auf die selbständig Erwerbstätigen: Knapp 40 % der privaten Handwerksbetriebe in der ehemaligen DDR waren hier angesiedelt. Diese vergleichsweise günstigen Voraussetzungen Sachsens werden sich unmittelbar auf die Gründungsdynamik neuer Betriebe, neuer selbständiger Existenzen auswirken: Auf Sachsen entfällt der größte Anteil, nämlich 28 %, aller Gewerbeanmeldungen in den neuen Ländern des Jahres 1990, auf Mecklenburg / Vorpommern hingegen mit nur knapp 11 % der geringste Anteil (siehe Anlage 1).

Daß sich regionale Disproportionen gerade in Phasen beschleunigter wirtschaftlicher Modernisierung nicht automatisch verringern, sondern durchaus auf neue Weise vertiefen können, könnte somit nicht nur zu einer italienischen oder portugiesischen, sondern auch zu einer (ost)deutschen Erfahrung werden.

Die konkreten Ausgangsbedingungen für die Konstituierung neuer Selbständiger in Ostdeutschland Ende 1989 sind insgesamt in nahezu jeder Hinsicht als ungünstig zu betrachten: regionale und branchenspezifische Strukturdefizite, weitgehende Eliminierung von Klein- und Mittelbetrieben als flexible Wirtschaftseinheiten, Abkopplung und Isolierung von der internationalen Modernisierung und ökonomischen Konkurrenz, verschlissene Infrastruktur und Technik, bürokratisch-administrative bzw. juristische Unklarheiten, Hemmnisse oder Engpässe, geringe private Kapitalausstattung durch weitgehende Einkommensnivellierung, minimale marktwirtschaftliche Kenntnisse, wenn überhaupt, dann jahrzehntelang zurückliegende und marktwirtschaftsuntypische Erfahrungen der Unternehmertätigkeit, mangelnde Erfahrungen und Anreize bezüglich sozialen Interessenhandelns überhaupt, das Fehlen öffentlicher Interessenartikulation und institutionell verankerter Gruppenformierung der Selbständigen, jahrzehntelang beeinträchtigtes Sozialprestige dieser Gruppe, allgemeine sozialpolitische Nivellierung und mangelnde Honorierung bzw. direkte Behinderung von Risikobereitschaft, Individualität und Kreativität, relative Wertlosigkeit des Geldes (gegenüber Beziehungen) und der Zeit, eingeübtes Anspruchsdenken an einen patriarchalischen, paternalistischen Staat usw. usf. – all dies mit tiefen mentalen Spuren.

Die Überwindung dieser Defizite wird dementsprechend nur als längerfristiger und hochkomplexer Prozeß ökonomischer, sozialer, politischer, administrativer, sozialpsychologischer und mentaler Wandlungen realisierbar und begreifbar sein.

Hochrechnungen zum bevorstehenden Strukturwandel

Die Dimension des hier bevorstehenden gesellschaftlichen Wandels wird noch anschaulicher, wenn man einmal wirtschaftliche Strukturdaten der BRD mit jenen aus den letzten Jahren der DDR vergleicht. Dies scheint im großen und ganzen legitim, da eine grundsätzliche, tendenzielle Annäherung an die BRD-Wirtschaftsstrukturen als langfristiger Zielpunkt der Transformation in den ostdeutschen Ländern wohl zu vermuten ist – nicht allerdings die konkreten Schritte, Proportionen, Zeithorizonte und Konflikte auf diesem Weg.

Während beispielsweise noch Mitte der 70er Jahre im Bereich der Kleinbetriebe (mit bis zu 20 Beschäftigten) in Ost- und Westdeutschland ähnliche Proportionen vorherrschten (12 % Anteil dieser Betriebsgrößenklasse an allen Betrieben in der BRD und 10 % in der DDR), so hat sich mit Beginn der 80er Jahre der einseitige Trend zu Großbetrieben im Zusammenhang mit der Kombinatbildung erheblich verstärkt.

Die folgende Tabelle 4 zeigt das Ergebnis dieser Veränderungen für alle Betriebsgrößenklassen:

Tabelle 4:

Industrie im West- und Ostteil Deutschlands nach Betriebsgrößenklassen (Stand 1987; in %)

Betriebe mit . . . Beschäftigten	Westteil	Ostteil
1-100	17,7	1,1
100-200	11,5	2,4
200-500	18,2	8,6
500-1 000	13,2	12,6
1 000 und mehr	39,4	75,7

Berechnet nach: Institut der deutschen Wirtschaft Köln 1990: 63;
Statistisches Jahrbuch der DDR 1989: 139.

Gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten gab es in Ostdeutschland 1989 etwa viermal weniger selbständige private Unternehmer und Gewerbetreibende als in Westdeutschland. Am größten ist diese Diskrepanz im Dienstleistungssektor: hier ist die Quote der selbständigen Unternehmer im Bereich der unternehmens- und personenbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland sogar 30mal geringer als in Westdeutschland.

Die Tabelle 5 zeigt einmal detaillierter, welcher enormer Mobilitätsbedarf sich in den neuen Ländern gerade für entscheidende Bereiche des Tertiärsektors hochrechnen ließe, wenn man die vergleichbaren BRD-Strukturen zugrunde legte:

Tabelle 5:

Strukturelle Beschäftigungsdefizite in den neuen Bundesländern

Bereich	Anteil an der Beschäftigung (1988; in %)		Mobilitätsbedarf der neuen Länder in 1 000
	BRD	Ex-DDR	
Handel/Transport	18,0	13,9	+ 352
Verwaltung/Büro	16,6	12,6	+ 343
Dienstleistungen	9,8	6,6	+ 275
Maschinelle Fertigung	15,7	12,9	+ 240
Heilberufe	5,9	4,4	+ 129
Kultur/Kunst	0,7	0,4	+ 26

Berechnet nach: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg.

Bei „Hochrechnungen“ über die zu erwartende Konstituierung neuer Selbständiger ist natürlich nicht schlechthin von den generellen, in der bundesdeutschen und westeuropäischen Entwicklung bestätigten Trends auszugehen, sondern dies zu kombinieren mit einer Analyse der spezifischen Entwicklungserfordernisse und -bedingungen in den neuen Bundesländern „vor Ort“, die eine rasche, schablonenhafte Angleichung an westdeutsche Muster wenig wahrscheinlich machen.

Generelle Chancen für Selbständige im Feld der Klein- und Mittelbetriebe liegen offenkundig insbesondere im produzierenden Handwerk, im Bauwesen, in Industrieunternehmen des Konsumgütersektors, im Zulieferbereich für die „Großen“, im Transportwesen, im Einzelhandel, in der Gastronomie und im Tourismus. Hinzu kommen neuartige unternehmensbezogene Dienstleistungen, technologieorientierte Unternehmen, deren Beschäftigungspotential zwar durchschnittlich kaum die 10-Personen-Grenze überschreitet, die aber gerade in den innovativen, technologisch fortgeschrittenen Bereichen eine bedeutende Stütze der industriellen Forschung und Entwicklung, der Invention und Diffusion neuer technischer und technologischer Lösungen darstellen.

Insbesondere in all diesen Bereichen wäre also in den ostdeutschen Bundesländern mit der Etablierung neuer selbständiger Existenzen als wichtiger Träger bzw. Akteure der erforderlichen tendenziellen Angleichung an die für moderne marktwirtschaftliche Systeme typische Wirtschaftsstrukturen zu rechnen.

Eine einfache und rasche Kopie dieser Muster, Proportionen und Wachstumstrends ist allerdings wenig wahrscheinlich und wäre längerfristig kaum effektiv und tragfähig, besteht doch in den ostdeutschen Ländern die Notwendigkeit – und damit für die Selbständigen ihre Gründungschance –, parallel zur Ausbildung und Weiterentwicklung moderner marktwirtschaftlicher Strukturen zunächst die gravierendsten Entwicklungsrückstände und Disproportionen zu überwinden, also zunächst Felder oder Bereiche überproportional zu favorisieren, die in den alten Bundesländern gegenwärtig bereits einen Sättigungsgrad erreicht haben. Aber selbst dies konkreter zu prognostizieren, bliebe eine Milchmädchenrechnung, denn den größten Einfluß auf die tatsächliche Gründungsdynamik haben – wie wir partiell im letzten Teil dieses Artikels andeuten werden – nicht die objektiv bestehenden oder die subjektiv reflektierten und initiativreich genutzten Entwicklungserfordernisse, sondern noch immer die vielfältigen hemmenden Rahmenbedingungen (insbesondere im Hinblick auf mangelnde infrastrukturelle und Markt-Voraussetzungen, drastische Veränderungen von Preisstrukturen und Zuliefer- und Absatznetzen, juristische Unklarheiten und administrative Hemmnisse beim Zugang zu Gewerberäumen, zu Grund und Boden, Kreditbedingungen etc.) für die Existenzgründer.

Diese widersprüchlichen Faktoren mit dem Ziel begründeter Prognosen zu quantifizieren, scheint gegenwärtig kaum möglich. Begrenzt aussagefähige, vorsichtige Hochrechnungen werden gegenwärtig vorwiegend ausgehend von einigen rein ökonomischen Eckdaten angestellt.

In den alten Bundesländern beträgt der Selbständigen-Anteil an den Erwerbstätigen ca. 11 %. Überträgt man diese Relation auf die neuen Länder, würde dies einer Zahl von rund 900 000 Selbständigen im gewerblichen Mittelstand entsprechen. Berücksichtigt man den realen Ausgangsbestand von etwa 180 000, so bedeutet dies einen Gründungsbedarf von 720 000 selbständigen Existenzen. Dabei ist anfänglich durchaus ein Umfang von bis zu 1,5 Millionen Selbständigen³ zu-

³ Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln schätzt die Zahl der sich in den nächsten zwei Jahren in Ostdeutschland neu herausbildenden Selbständigen auf 1,1 Million.

mindest für die erste Phase der Wirtschaftsumstrukturierung, also bis etwa 1994/95, wahrscheinlich, denn – wie die Entwicklung in der BRD Anfang der 50er Jahre zeigte – ist die Überlebensfähigkeit einer Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben in einer Anfangsphase mit überdurchschnittlich wachsenden Märkten möglich.

Bezogen auf die Selbständigen in der Industrie setzt das Erreichen ähnlicher Strukturen wie in den alten Bundesländern voraus, daß mindestens 15 000 Unternehmen zu schaffen sind. Dies muß vorrangig über die gezielte Entflechtung und privatwirtschaftliche Revitalisierung der Großkombinate geschehen (eingeschlossen die Reprivatisierung der ehemaligen privaten und halbstaatlichen Betriebe). In der Gesamtzahl der ca. 12 000 sogenannten 72er Betriebe – mit im Durchschnitt jeweils 40 Beschäftigten – steckt ein wesentlicher Kern für einen künftigen industriellen Mittelstand in den neuen Ländern. Von allen 72er Betrieben werden ca. 8 600 der Industrie zugerechnet, weitere 1 600 dem Bauwesen. Mittelfristig könnte daher ein erheblicher Teil der Neukonstituierung von Selbständigen allein schon dadurch erreicht werden, daß die 1972 eingeleitete Zwangskonzentration kurzfristig rückgängig gemacht wird. Die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen ließe sich nach Berechnungen des Bundesverbandes der Selbständigen in diesem Falle um rund 100 000 Personen erhöhen, die Anzahl der Industriebetriebe fast verdreifachen, die der Erwerbstätigen in Privatbetrieben um wenigstens 240 000 steigern (Der Selbständige 1990). Dieser Weg wäre auch deshalb chancenreich, weil etliche alte Betriebsgebäude und -strukturen noch existieren und viele der ehemaligen geschäftsführenden Eigentümer oder deren Nachkommen bereit sind, einen Wiedeanfang zu wagen.

Sollen die ostdeutschen Länder nicht nur zu einem Absatzmarkt auf tönernen Füßen werden, sondern organische, in sich funktionstüchtige Wirtschaftsstrukturen ausprägen, so erachten wir einen – im Vergleich zur alten Bundesrepublik – überproportionalen Zuwachs der Selbständigen gerade im industriellen Bereich als eine wichtige Voraussetzung. Dies ist ausschlaggebend für die Überwindung ökonomischer, infrastruktureller und technologisch-technischer Entwicklungsrückstände, dies macht dann auch erst eine reiche Ausdifferenzierung und Modernisierung des Tertiärsektors langfristig tragfähig.

Gegenwärtig beobachten wir jedoch eher die Favorisierung von Existenzgründungen im Bereich personenbezogener Dienstleistungen, was eigentlich eine moderne, ausdifferenzierte Wirtschaftsstruktur und vor allem eine ausreichende und tendenziell wachsende Kaufkraft der potentiellen Kunden voraussetzt – Faktoren, die in Ostdeutschland eben noch nicht gegeben sind, weshalb die Überlebenschancen derartiger neuer selbständiger Existenzen schon jetzt zunehmend in Frage gestellt sind. Zweifellos liegt ein wesentlicher Grund ihres Booms in den geringeren Einstiegshürden, in den tatsächlich oder vermeintlich überschaubareren finanziellen, qualifikatorischen, kaufmännischen und „technologischen“ Voraussetzungen, die man für eine Würstchenbude oder eine Videothek im Unterschied zu einem Industriebetrieb benötigt. Angesichts gravierender Massenarbeitslosigkeit scheint dies zudem eine greifbare Perspektive quasi „für jedermann“ zu sein.

Wenn wir im folgenden die tatsächlichen Proportionen, die Dynamik, die Erfolgs- und Mißerfolgsbilanz innerhalb des Gründungsgeschehens des ersten Jahres des Umbruchs in Ostdeutschland kurz aufzeigen, so bildet dies für uns auch einen kleinen Baustein auf dem Wege der noch ausstehenden Analyse der Motive und Rekrutierungswege der neuen Selbständigen. Gerade hierbei erwarten wir signifikante Besonderheiten gegenüber der westeuropäischen Entwicklung der letzten eineinhalb Jahrzehnte: eben einen extrem hohen Anteil von Existenzgründungen „aus Not“⁴ oder befürchteter Not oder Arbeitslosigkeit, teilweise getragen nicht von Randgruppen, sondern von Eliten der alten Gesellschaft; aber auch deutliche Akte der Selbstbefreiung von Ingenieuren, Technikern, ehemaligen Privatunternehmern, um nun endlich Initiative und Risikobereitschaft zur Verwirklichung eigener Ideen entfalten zu können. Möglicherweise rekrutiert sich die Gruppe der neuen Selbständigen spiegelbild- oder querschnittsartig aus allen Schichten der alten, untergehenden DDR-Gesellschaft, aber eben entlang einer anderen Achse, nämlich aktiver Verhaltensdispositionen und hoher Mobilitätsbereitschaft. Inwiefern die beiden letztgenannten Charakteristika günstigere Ausgangspositionen für einen erfolgreichen Start in die Selbständigkeit darstellen als beispielsweise soziale und kulturelle Kapitale (im Bourdieuschen Sinne) aus der alten Gesellschaft, die nun einer raschen Erosion und Entwertung unterliegen – dies ist schon wieder eine weitere interessante Frage, die hier aber nur genannt werden kann.

Charakteristika des Gründungsgeschehens

Der bisherige Verlauf der gewerblichen Existenzgründungen bietet ein deutliches Abbild der komplizierten und widerspruchsvollen Umbruchsituation: Gründerboom bei gleichzeitig hoher Zahl der Gewerbeabmeldungen; gewaltiger Aufbau- und Reparaturbedarf, doch spärliche Auftragslage, da die Kommunen ihre finanzielle Schwäche und Unkenntnis erst langsam überwinden und die privaten Haushalte aufgrund ihrer vielfach stagnierenden oder sinkenden Realeinkommen nur in begrenztem Umfang zahlungsfähig sind. Auch die traditionellen Auftraggeber aus der Großindustrie fallen weitgehend aus, sind zumeist mit Abwicklung oder Sanierungskonzeptionen befaßt.

Gemessen an dem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Hintergrund ist der Umfang und die Dynamik der Existenzgründungen beachtlich. Im Gesamtverlauf des Jahres 1990 wurden 281 076 Betriebe aus Handwerk und Gewerbe neu angemeldet. Zweifellos haben die Gewerbefreiheit, die Vertrags-, Niederlassungs- und Berufsfreiheit, die freie Preisbildung, ein stabiles Geld- und Währungssystem, ein für Selbständige günstiges Steuersystem und andere grundlegend veränderte Rahmen-

⁴ Auf die große Heterogenität der sozialen Lagen und auch der Rekrutierungswege innerhalb der Selbständigen der alten Bundesrepublik und auch auf den durchaus verbreiteten Typ der „Gründungen aus Not“, auf den Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit und wachsendem Selbständigen-Anteil macht vor allem D. Bögenhold aufmerksam (Bögenhold 1987; Bögenhold/Staber 1990).

bedingungen zahlreiche Gründungswillige dazu ermutigt, den Aufbruch in die berufliche Selbständigkeit zu wagen. Zugleich sehen viele Menschen aufgrund des Verlustes oder der Unsicherheit ihrer bisherigen Arbeitsplätze in der Selbständigkeit die einzige berufliche Perspektive für sich. Dies muß allerdings nicht von vornherein die Überlebenschancen dieser Neugründungen beeinträchtigen, denn oftmals stehen gerade hinter diesem Rekrutierungsweg relativ hoch qualifizierte und initiativreiche Personen. Auch dürfte gerade in jenem Personenkreis der – selbst in der internationalen Abschottung der alten DDR-Gesellschaft nicht gänzlich verhinderte – partielle Mitvollzug des arbeits- und industriegesellschaftskritischen Wertwandels gewisse Spuren hinterlassen haben, so daß gerade die neuen ostdeutschen Selbständigen dieses Typs bzw. Rekrutierungsweges eine eigentümliche Kombination der in Westeuropa eher alternativ begriffenen „Gründungen aus Not“ und „Gründungen aus Bedürfnis“ (nach Selbstverwirklichung)⁵ verkörpern. Eine empirisch fundierte Antwort auf die interessante Frage nach dem spezifischen Anteil und den Überlebenschancen all der unterschiedlichen Rekrutierungswege bzw. -typen der neuen Selbständigen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gegeben werden.

Auch die Dynamik und die branchenstrukturellen Proportionen des Gründungsgeschehens verweisen auf den engen Zusammenhang zu den komplexen ökonomischen Rahmenbedingungen und Umbrüchen.

Innerhalb der hohen Gründungsdynamik des Jahres 1990 springt deutlich der Einschnitt am 1.7.1990 mit dem Vollzug der Währungsunion ins Auge, der für viele, gewissermaßen „in den Startlöchern sitzende“ Gründungswillige den letzten Ausschlag, die endgültige Gewißheit, die nötigen Startbedingungen brachte. Mit rund 1 200 Gewerbeanzeigen täglich wurde in den Monaten Juli und August 1990 bisher der Höhepunkt des Gründungsgeschehens überhaupt erreicht. Im zweiten Halbjahr 1990 lag die Durchschnittszahl der monatlichen Gewerbeanzeigen bei 29 000, und damit noch deutlich höher als im ersten Halbjahr (17 000 Anzeigen im Monatsdurchschnitt), dennoch fällt auf: Bereits zum Jahresende 1990 flacht die Gründungsdynamik spürbar ab, scheint die erste Welle der Neugründungen abzu-ebben. Dies sollte jedoch nicht als Erreichen eines gewissen Sättigungsgrades an Neugründungen, als vorläufige Überwindung der gravierendsten Defizite in diesem Bereich fehlinterpretiert werden. Vielmehr widerspiegeln sich darin die anhaltend schlechte bzw. sogar noch verschärfte wirtschaftliche Gesamtsituation in den neuen Ländern, die generellen Startschwierigkeiten bei Existenzgründungen und ein zunehmender Ernüchterungsprozeß bei potentiell Gründungswilligen über die realen Entwicklungschancen ihrer eventuellen selbständigen Tätigkeit in einem umbrechenden, ökonomisch noch schwachen und labilen gesellschaftlichem Gebilde.

Auch die branchenstrukturellen Proportionen innerhalb des Gründungsgeschehens lassen sich nur aus einem Bündel von Ursachen und Faktoren heraus bewerten. Hier mischen sich wirtschafts- und strukturpolitische Konzeptionslosigkeit, vermutlich

⁵ Die Existenzgründungen aus Bedürfnis (nach Selbstverwirklichung), aus einem arbeits- und industriegesellschaftskritischen Wertwandel heraus wurden für die BRD erstmals von G. Vonderach (1980) als neuartiger sozialer Typus, eben als „neue Selbständige“ im Unterschied zu traditionellen Handwerkern, Gewerbetreibenden etc. dargestellt.

auch unausgesprochene „Gesundschumpungsstrategien“ für ganze Zweige, Strukturen oder Territorien mit subjektiven, illusorischen Wunschvorstellungen von ost-deutschen Unternehmensgründern nach einer einträglichen Existenzgrundlage.

Auf den Bereich Handel und Gaststätten entfällt so etwa die Hälfte aller Neugründungen, wodurch der Ausgangsbestand des Jahres 1989 mehr als verfünffacht wurde. Wie Pilze aus dem Boden schießen vor allem Videotheken, Imbißstände, Autohandlungen, Zeitungsläden etc., „selbständige“ Vertreter von Versandfirmen beeilen sich, den neuen Markt zu erschließen – kurzum es boomen insbesondere personenbezogene Dienstleistungen mit nur geringen innovativen Impulsen, mit sekundärer Bedeutung für den nötigen wirtschaftlichen Strukturwandel und längerfristig kaum gesicherten Perspektiven.

Den zweiten Platz der Neugründungen nimmt das Handwerk ein, und zwar mit einem Anteil von 14 % aller Gewerbeanzeigen. Dies bedeutet eine Neugründung von 38 000 Handwerksbetrieben, gegenüber einem Ausgangsbestand von 81 000 privaten und 2 700 genossenschaftlichen Handwerksbetrieben im Jahre 1989 (die insgesamt immerhin ca. 328 000 Beschäftigte aufwiesen). Die Neugründungen des Jahres 1990 konzentrieren sich hierbei vor allem auf das Bauhandwerk, die Elektroinstallation, Kfz-Handwerker, Zahntechniker und Orthopädieschuhmacher.

Die für den bevorstehenden Strukturwandel wichtigsten Typen selbständiger Existenzen, neuer Klein- und Mittelbetriebe, wie das produzierende Handwerk und unternehmensbezogene Dienstleistungen oder technologieorientierte Betriebe, bleiben demgegenüber in ihrer Gründungsintensität weit hinter diesen beiden oben genannten Bereichen zurück. Das Kreisdiagramm in der Anlage und die folgende Tabelle 6 zeigt diese Branchenstrukturen der Neugründungen detaillierter und bereits auch in der regionalen Differenzierung:

Tabelle 6:

Gewerbeanzeigen nach Branchen in den neuen Bundesländern (1.1.1990–31.12.1990)

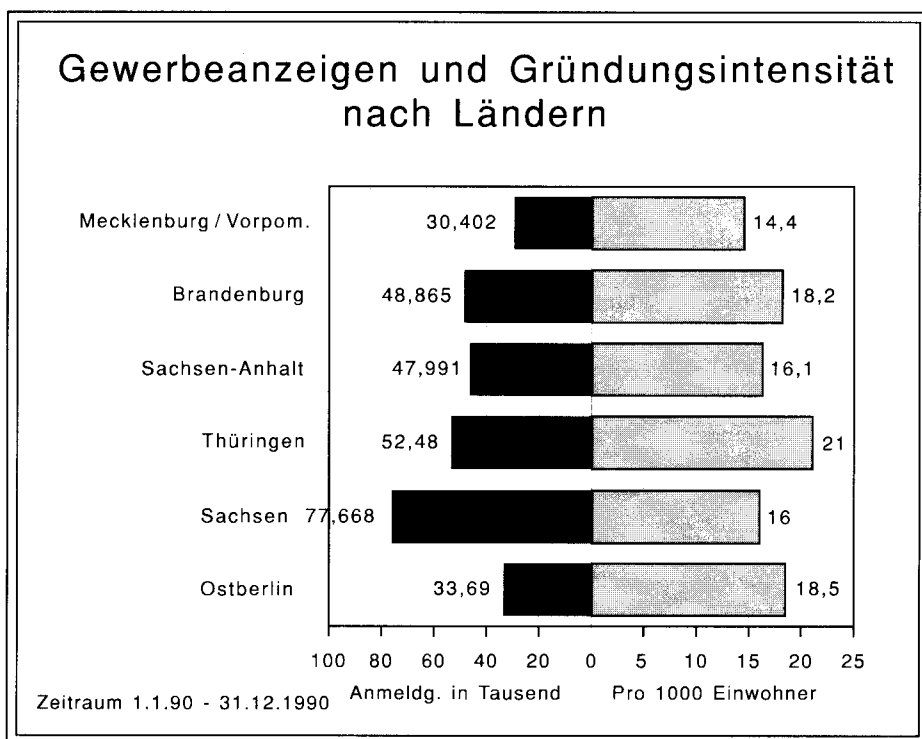
Land:	Meckl./Vp.	Sachs.Anh.	Brandbg.	Thürg.	Sachs.	Ostberlin	Gesamt
Handwerk							
– absolut:	4 663	6 642	7 302	7 403	10 148	1 629	37 787
– in %:	15,3	13,8	14,9	14,1	13,1	6,9	13,4
Handel/Gastst.							
– absolut:	13 281	25 160	25 168	27 002	37 771	6 098	134 480
– in %:	43,7	52,5	51,6	51,5	48,6	25,7	47,9
Erholungswesen							
– absolut:	757	286	467	373	153	152	2 188
– in %:	2,5	0,6	0,9	0,7	0,2	0,6	0,8
Sonstiges:							
– absolut:	11 701	15 903	15 928	17 702	29 596	15 811	106 641
– in %:	38,5	33,1	32,6	33,7	38,1	66,8	37,9

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes der Länder Mecklenburg/Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Die Abhängigkeit des Gründungsgeschehens vom gesamten gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere von den jeweiligen infrastrukturellen Voraussetzungen und im engen Zusammenhang damit von längerfristigen regionalspezifischen Traditionen bilden auch den Hintergrund für die regionalen Unterschiede bei Umfang und Intensität des Gründungsprozesses neuer selbständiger Existenzen in den neuen Bundesländern. Das bereits traditionell überkommene Süd-Nord-Gefälle des ost-deutschen Wirtschaftsgebietes findet seine direkte Fortsetzung und sogar weitere Ausprägung gerade durch die sehr ungleichmäßigen Existenzneugründungen (siehe Bild 1).

Die insgesamt relativ beträchtliche Gründungsdynamik ist aber zugleich von einer extrem hohen und gegenwärtig weiter steigenden Fluktuationsrate begleitet. Die Hürden für den Start in eine erfolgreiche unternehmerische Existenz erweisen sich unter den komplizierten Bedingungen der Systemtransformation als sehr zahlreich. Für viele Selbständige bedeutete bereits die Halbierung ihres Geschäftskapitals mit dem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion das vorzeitige Aus. Beginnende Entlassungen und Kurzarbeit in Handwerk und Gewerbe waren vielfach die Folge.

Den 281 096 Gewerbeanzeigen standen per Jahresende 1990 genau 26 694 Gewerbeabmeldungen gegenüber. Das entspricht einer jahresdurchschnittlichen Insol-



venzrate von 9,5 %. Auffällig und alarmierend ist hier das zunehmende Tempo der Abmeldungen. Den 2 307 Abmeldungen des Monats Juli standen im Dezember schon 5 515 gegenüber, was eine Verdreifachung der Insolvenzrate innerhalb des Jahres 1990 signalisiert (siehe Bild 2).

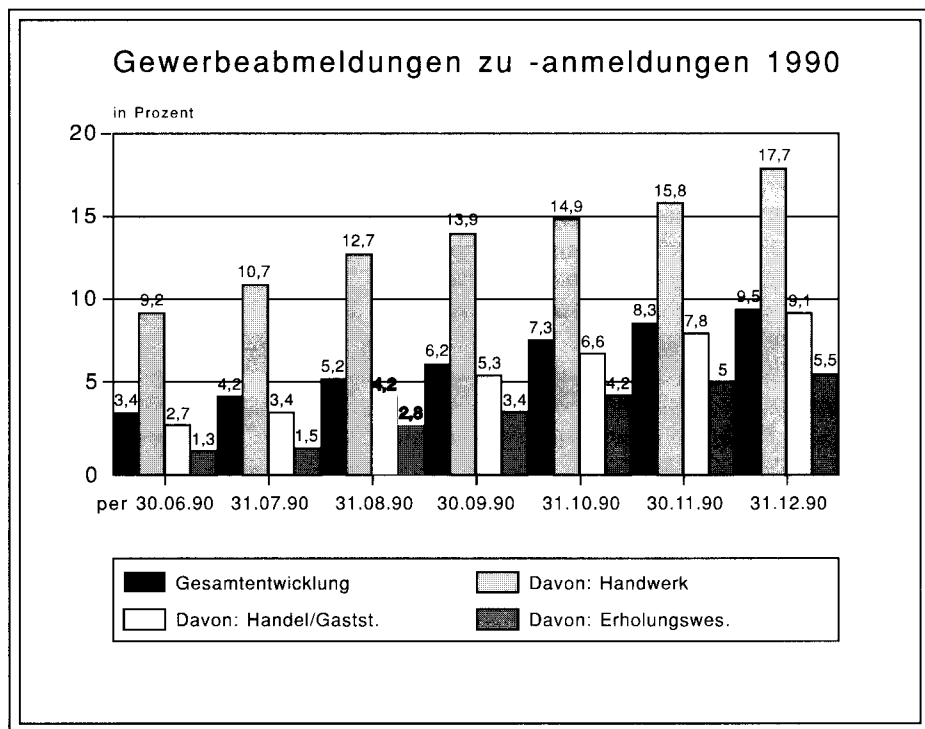


Tabelle 7:

Quote der Gewerbeabmeldungen (auf 100 Gewerbeanmeldungen) im zweiten Halbjahr 1990

je per 31.d.M. / 1990:	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
alle Bereiche:	3,4	4,2	5,2	6,2	7,3	8,3	9,5
– Handwerk	9,2	10,7	12,7	13,9	14,9	15,9	17,7
– Handel/Gaststätten	2,7	3,4	4,2	5,3	6,6	7,8	9,1
– Erholungswesen	1,3	1,5	2,8	3,4	4,2	5,0	5,5

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes der Länder Mecklenburg/Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

In jedem Falle nicht auf der Gewinnerseite stehen Bereiche des Handwerks, in denen die Industrie als unmittelbarer Konkurrent auftritt. Schwierigkeiten werden besonders dort spürbar, wo die im Preis stark angestiegenen Reparaturleistungen einen hohen Anteil am Umsatz ausmachen, wie z. B. bei Schneidern, Schuhmachern oder Tapezieren, also bei typischen Vertretern des dienstleistenden Handwerks. Auch Bäcker und Fleischer sind stark von Preiserhöhungen betroffen. Empfindliche Umsatzrückgänge entstanden zumindest im ersten Jahr des Umbruchs auch durch das konsumtive Verhalten vieler Ostdeutscher, nun West- vor Ostprodukten der Vorrang zu geben. Die Kunden frequentierten vorzugsweise die neuen Großmärkte. Der Verdrängungswettbewerb schaltet kleinere Handwerksbetriebe zugunsten von Großhandelsfirmen als Zulieferer von Krankenhäusern, Kaufhallen, Gemeinschaftsküchen etc. zum Teil völlig aus. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ist daher im Handwerk mit 6 755 im Jahr 1990 besonders hoch. Dies entspricht einer Abmeldequote von ca. 18 %, während sie im Bereich Handel/Gaststätten und Erholungswesen mit 9 bzw. 6 % deutlich geringer ausfiel.

Unternehmensinsolvenzen bzw. Gewerbeabmeldungen gehören zweifellos zum marktwirtschaftlichen Alltag, erst recht im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe. Aber hier handelt es sich um eine neuartige und massenhafte Erscheinung bzw. Erfahrung für die ostdeutschen Selbständigen, deren Konsequenzen für die potentielle Gründungsbereitschaft in der Folgezeit heute schwer kalkuliert werden können.

Ob, wann und in welchem Umfang also tatsächlich von der gelungenen Konstituierung neuer Selbständiger als soziale Gruppe in den ostdeutschen Ländern gesprochen werden kann, ja, ob es überhaupt zu einer relativ eigenständigen „ostdeutschen“ Gruppe von Selbständigen kommt oder ob die personelle Durchmischung zwischen Ost- und Westdeutschen gerade in dieser sozialen Gruppe besonders rasch verläuft, welches die prägenden Mobilitäts- und Rekrutierungswege neuer Selbständiger sein werden, welcher Grad an Homogenität in dieser Gruppe erreicht wird – all diese Fragen bleiben weiter offen und spannend. Sie zu beantworten, schließt eine Vielzahl anderer Fragen ein, etwa die nach der Entwicklung eines gruppenspezifischen Verhaltens, eines Selbst- und Fremdbildes als soziale Gruppe, einer institutionell verankerten, sozialpolitischen Gruppenformierung usw. usw., die ihrerseits interessante Forschungsfelder ausmachen.

Trotz aller Vorläufigkeit und Begrenztheit der hier gezeigten sozialökonomischen Entwicklungstrends dürfte sich aber vielleicht die Vermutung erhärten, daß wir es auch in der sozialen bzw. sozialstrukturellen Dimension der ostdeutschen Transformationsprozesse tatsächlich mit einer historisch einmaligen Überlagerung von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen zu tun haben, die teilweise unterschiedlichen historischen Phasen der Prämoderne, Moderne und Postmoderne angehören, daß selbst mit ein und demselben Konstitutionsprozeß einer neuen sozialen Gruppe sowohl historische Strukturdefizite auf dem Wege zu einer modernen, offenen, marktwirtschaftlich und pluralistisch verfaßten Gesellschaft ausgeglichen werden müssen, als auch ganze Schübe des Werte- und Mentalitätswandels auf dem Wege

zur industriellen und zeitgleich dazu zur postindustriellen Gesellschaft induziert und materialisiert werden. Die These von der „doppelten Beschleunigung“ oder „doppelten Modernisierung“ (Berger 1991) ist es also vielleicht, die dem am nächsten kommt, was sich hier so überraschend, so spannend, so dramatisch vollzieht.

Literatur

- Berger, P. A., 1991: Von Bewegungen in zu Beweglichkeit von Strukturen. Provisorische Überlegungen zur Sozialstrukturanalyse im vereinten Deutschland, in: Soziale Welt, 42. Jg., Heft 1
- Bögenhold, D., 1987: Der Gründerboom. Realität und Mythos der neuen Selbständigkeit, Frankfurt/M.
- Bögenhold, D./Staber, U., 1990: Selbständigkeit als ein Reflex auf Arbeitslosigkeit?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 42. Jg., Heft 2: 268–282
- Der Selbständige, Bonn – Berlin, April 1990
- Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone 1949. Statistisches Zentralamt. Volks- und Berufszählung vom 29.10.1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bd. III. Landes- und Kreisstatistik, Heft 1, Berlin
- Habermas, J., 1990: Die nachholende Revolution, Frankfurt/M.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 1990: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland
- Kaiser, M., 1990: Knockout für den Mittelstand, Berlin
- Statistisches Amt der DDR, 1990: Statistische Daten über die Länder der DDR in den Grenzen ihrer Bezirke sowie über Berlin. Teil II. Berufstätige, Berlin
- Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, Berlin
- Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin
- Vonderach, G., 1980: Die „neuen Selbständigen“. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens, in: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Stuttgart, Heft 2: 153–169

Anlage:

Gewerbeanzeigen und -abmeldungen nach Ländern und ausgewählten Bereichen (1.1.90–31.12.90)

Land:	Berlin*	Meckl./Vp.	Brandbg.*	Sachs.Anh.	Thürg.	Sachs.	Gesamt
Gewerbeanzeigen insgesamt:	23 690	30 402	48 865	47 991	52 480	77 668	281 096
darunter:							
– Handwerk	1 629	4 663	7 302	6 642	7 403	10 148	37 787
– Handel/Gast.	6 098	13 281	25 168	25 160	27 002	37 771	134 480
– Erholungswesen	152	757	467	286	373	153	2 188
Gewerbeabmeldungen insgesamt:	1 841	2 833	4 593	4 862	4 987	7 578	26 694
darunter:							
– Handwerk	214	562	984	1 228	1 321	2 446	6 755
– Handel/Gast.	347	1 304	2 265	2 439	2 518	3 264	12 137
– Erholungswesen	8	42	23	11	31	9	124

* Angaben unvollständig durch fehlende Kreise bzw. Stadtbezirke.

Quelle: Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

